

Beschluss des Kreisvorstandes DIE LINKE. Rhein-Erft vom 8. November 2011

Schließung der Boelcke-Kaserne am Standort Kerpen: Standortschließungen brauchen Konversionsprogramm

Zur angekündigten Schließung der Boelcke-Kaserne am Standort Kerpen stellt DIE LINKE. Kerpen fest: Grundsätzlich befürworten wir als LINKE die Verkleinerung der Bundeswehr. Standortschließungen bieten die Chance zu einer sinnvollen Re-Kommunalisierung und zu einer Friedensentwicklung. Allerdings ist das Stationierungskonzept des Verteidigungsministers vom 26. Oktober 2011 unausgegoren, auch hinsichtlich der Folgen für die von den Veränderungen hauptsächlich betroffenen Standorte wie Kerpen. Es wurden 331 Militärstandorte geprüft. Als Ergebnis dieser Prüfung wurde beschlossen, 31 Bundeswehrstandorte zu schließen. 33 Standorte werden personell soweit reduziert, dass diese Maßnahmen praktisch einer Schließung gleichkommen. Andererseits werden zugleich andere Standorte ausgebaut. An allen übrigen Standorten wird das Personal nicht oder nur unwesentlich reduziert. In NRW werden 2 Bundeswehrstandorte geschlossen. Kerpen mit 720 Bundeswehrdienstposten ist einer von ihnen. Dafür wächst Nörvenich als Standort für ein Geschwader der Eurofighter um über 100 Dienstposten. Weitere Standorte in der Nähe mit deutlichen Zuwächsen sind Euskirchen und Rheinbach. Kerpen ist also ganz besonders hart betroffen von diesem Stationierungskonzept der schwarz-gelben Bundesregierung und dies führt gerade unsere Kommune vor große Probleme. Denn die begrüßenswerte Umwidmung der Nutzung der Immobilien für zivile Zwecke sowie eine eventuell notwendige Altlastensanierung ist nicht ohne finanziellen Einsatz zu haben. Doch hier ist nichts vorgesehen vom Verteidigungsministerium.

DIE LINKE. Kerpen erklärt daher: Wer, wie die Bundesregierung am grünen Tisch Reformpläne entwirft, darf sich nicht aus der Verantwortung für ihre Umsetzung stehlen. Die Aufgabe, den Abbau von Bundeswehrstandorten sozialverträglich und im Sinne einer wirtschaftlich und ökologisch nachhaltigen regionalen Entwicklung zu gestalten, kann die Bundesregierung in Zeiten knapper kommunaler Haushalte auch in Kerpen nicht einfach auf unsere Kommune abwälzen.

DIE LINKE. Kerpen fordert daher: Der Abbau von Bundeswehrstandorten wie Kerpen ist mit einem langfristig angelegten Abrüstungs- und Konversionsprogramm des Bundes und des Landes NRW zu begleiten, mit dem auch in Kerpen rechtliche Grundlagen, fachliche Expertise und finanzielle Mittel bereitgestellt werden, um neue soziale, wirtschaftliche und ökologische Perspektiven zu öffnen, um etwa zukunftsorientierte Gewerbebetriebe ansiedeln oder ein anspruchsvolles Wohnraumprojekt starten zu können, zumal offensichtlich ein erheblicher Sanierungsbedarf an den Gebäuden der Boelcke-Kaserne zu konstatieren ist.

Unerträglich ist für uns LINKE auch das bisherige Vorgehen der Bundesregierung. So wurden keine Gespräche seitens des Verteidigungsministeriums mit den Betroffenen geführt. Denn die Stadtverwaltung Kerpen zeigt sich von der Schließung der Boelcke-Kaserne völlig überrascht. Die Bundesregierung ist offensichtlich nur an ihren militärischen Zielen interessiert, die berechtigten Interessen ihrer Bevölkerung scheinen ihr demgegenüber gleichgültig. DIE LINKE. Kerpen erwartet daher nun von der Stadt Kerpen, dass die BürgerInnen unserer Stadt zukünftig sowohl rechtzeitig über die anstehenden Veränderungen informiert werden als auch von Anfang an in den Prozess der Planung und die Entscheidungen über die Form der Weiternutzung der Boelcke-Kaserne einbezogen werden.

Eine für Kerpen gute und vernünftige Umwidmung der Boelcke-Kaserne verlangt rasches Handeln. Nur so ist es möglich, mit dem tatsächlichen Abzug der Bundeswehr voraussichtlich in 2015 einen fertigen Nutzungsplan zu haben und mit dem Umbau beginnen zu können. DIE LINKE. Kerpen fordert daher die Stadt Kerpen auf, sich dafür einzusetzen, nicht erst den Abzug der Bundeswehr abzuwarten, da sich damit der Handlungsdruck auf die Kommune massiv erhöhen würde und sich die möglichen Nutzungsoptionen reduzieren, sondern unverzüglich und unter Beteiligung der interessierten Kerpener BürgerInnen die Nachfolgenutzung planerisch in Angriff zu nehmen.